

423/AE XX.GP

Entschließungsantrag

des Abgeordnete Thomas Barmüller

und weiterer Abgeordneter

betreffend eine Machbarkeitsstudie über Strategische Umweltprüfungen für Pläne und Programme

Bisher hat wird das Konzept der Umweltverträglichkeitsprüfung nur für konkrete Projekte angewendet. Obwohl ihre Wirkung auf die Umwelt zumeist viel weitreichender ist, werden die diesen Projekten zugrundeliegenden Politiken, Pläne und Programme keiner verfahrensmäßigen Prüfung unterzogen.

Das Instrument der Strategischen Umweltprüfung oder Konzept-Umweltverträglichkeitsprüfung bietet die Möglichkeit die umweltrelevante Wirkung von Vorhaben schon im Stadium von Programmen, Plänen oder politischen Konzepte zu beurteilen.

Damit können kummulative und synergetische Effekte berücksichtigt werden, die bei Umweltverträglichkeitsprüfungen für einzelne Projekte nicht zu erfassen sind.

Auf Projektebene werden bestimmte Varianten diskutiert. Grundsätzlich andere Lösungsmöglichkeiten stehen nicht zur Auswahl. Werden sie von Opponenten gefordert, kommt es zu den bekannten "Stellvertreterkämpfen", in denen es nicht mehr um das konkrete Projekt, sondern um ein zugrundeliegendes Konzept geht.

Aus wirtschaftlichen und demokratiepolitischen Gründen bietet sich dem gegenüber die Entwicklung, Prüfung und Diskussion von gesamthaften Konzeptionen an.

Darüber hinaus geht es auch um die Vermeidung oft volkswirtschaftlich teurer "Sachzwänge", die aus falsch oder nicht gefällten vorgelagerten Entscheidungen resultieren.

Durch die Offenlegung der absehbaren Effekte für die Umwelt wird den Umweltauswirkungen in höherrangigen Entscheidungen ein vergleichbarer Stellenwert, wie budgetären, volkswirtschaftlichen oder sozialen Aspekten zuordnen. Mittels Strategischer Umweltprüfung können damit umweltpolitische Leitlinien auch in primär nichtumweltorientierte Konzepte integriert werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird ersucht, in einer Machbarkeitsstudie die legislativen und administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des Konzeptes einer Strategischen Umweltprüfung für raumordnungspolitisch relevante Pläne und Programme einschließlich strategischer Pläne und Programme in den Gebieten Energie, Abfall, Wasser, Industrie, Gewinnung mineralischer Rohstoffe, Verkehrsinfrastrukturen, Telekommunikation und Tourismus untersuchen zu lassen. Der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird darüber hinaus ersucht, dem Nationalrat über die Ergebnisse der Untersuchung bis Ende September 1997 zu berichten."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß beantragt.